

Oktober 2008



Pakistan nach den Präsidentschaftswahlen: Hat die Demokratie eine Chance?

Henning Effner, FES Pakistan

- Asif Zardari steht nach seiner Wahl zum neuen Präsidenten Pakistans vor enormen Herausforderungen. Die Talibanisierung ist in den vergangenen Monaten im Nordwesten des Landes weiter vorangeschritten. Um die Taliban zurückzudrängen, hat das Militär in mehreren Gebieten Grossoffensiven gestartet. Bei den andauernden Kämpfen wurden bereits mehr als 2.000 Menschen getötet, mehr als 200.000 sind aus den Gebieten geflohen.
- Pakistan befindet sich in einer akuten Finanzkrise und steht angesichts des drastischen Rückgangs der Währungsreserven kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Voraussichtlich wird der Regierung nichts anderes übrig bleiben, als die Hilfe des Internationalen Währungsfonds in Anspruch zu nehmen.
- Für eine nachhaltige Demokratisierung und funktionierende Gewaltenteilung ist es erforderlich, die Machtfülle des Präsidenten zu beschränken und die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken. Ob Präsident Zardari dazu bereit ist, muss jedoch bezweifelt werden.
- Das Militär ist nach wie vor die mächtigste Institution im Land. Ein neuer Militärputsch droht jedoch vorerst nicht, da dieser sowohl in der Bevölkerung als auch im Ausland auf Widerstand stoßen würde.
- An dem Führungspersonal der politischen Parteien und an der von Klientelismus geprägten politischen Kultur des Landes hat sich seit Musharrafs Putsch im Jahr 1999 nur wenig geändert. Es sind daher allenfalls langsame Fortschritte in Richtung Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu erwarten.

Der unerwartete Aufstieg Asif Zardaris: Aus dem Gefängnis ins Präsidentenamt

Asif Ali Zardari, der Witwer der ermordeten ehemaligen Premierministerin Benazir Bhutto, wurde am 6. September 2008 von den Abgeordneten des Nationalparlaments und der vier Provinzparlamente zum neuen Präsidenten Pakistans gewählt. Er trat damit die Nachfolge von Pervez Musharraf an, der angesichts eines drohenden Amtsenthebungsverfahrens am 18. August 2008 zurückgetreten war. Zardari ist einer der umstrittensten Politiker des Landes, da er in der Vergangenheit in zahlreiche Korruptionsvorwürfe verwickelt war. In seiner Zeit als Investitionsminister (1993-1996) soll er gemeinsam mit seiner Frau Bhutto, die damals Premierministerin war, enorme Geldbeträge veruntreut und ins Ausland geschafft haben. Insgesamt hat Asif Zardari elf Jahre seines Lebens im Gefängnis verbracht, rechtskräftig verurteilt wurde er allerdings nie.

Noch vor einem Jahr hätte es wohl kaum jemand für möglich gehalten, dass Asif Zardari eines Tages Präsident Pakistans werden würde. Sein kometenhafter Aufstieg begann mit der Ermordung Benazir Bhuttos im Dezember 2007. Zardari, der bis dahin stets im Schatten seiner charismatischen Gattin gestanden hatte, war entschlossen, das politische Erbe seiner Frau anzutreten und nutzte das entstandene Machtvakuum innerhalb der *Pakistan Peoples Party (PPP)*, um sich selbst an die Spitze der Partei zu setzen. Im Januar 2008 wurde er von der PPP-Führung zum geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt.

Das Wahljahr im Rückblick: Von den Parlamentswahlen im Februar zu den Präsidentschaftswahlen im September

Bei den Parlamentswahlen im Februar 2008 profitierte Zardari davon, dass viele Pakistaner aus Sympathie mit Benazir Bhutto für die *Pakistan Peoples Party*

ty (PPP) stimmten. Die PPP wurde zur stärksten Kraft im neuen Parlament, gefolgt von der PML-N (*Pakistan Muslim League – Nawaz*) des ehemaligen Premierministers Nawaz Sharif. Die Partei von Präsident Musharraf, die PML-Q (*Pakistan Muslim League – Quaid-e-Azam*) musste hingegen eine herbe Niederlage einstecken und wurde nur drittstärkste Fraktion. Die beiden Wahlsieger – Asif Zardari und Nawaz Sharif – einigten sich auf die Bildung einer Koalitionsregierung.

Die erste Bewährungsprobe für die neue Regierung lag in der Wiedereinsetzung der etwa 50 Richter der Obersten Bundes- und Provinzgerichte, die Musharraf im November 2007 abgesetzt hatte, da sie seiner Wiederwahl zum Präsidenten im Wege standen. Über die Frage, wie Musharrafs Coup gegen die Justiz rückgängig zu machen sei, konnten die Koalitionspartner jedoch keine Einigung erzielen. Während Nawaz Sharif vehement forderte, die abgesetzten Richter wieder in ihre Ämter einzusetzen, spielte Zardari ein doppeltes Spiel. Einerseits hatte er kein Interesse daran, die Richter zu rehabilitieren, da er befürchten musste, dass sie ein von Musharraf erlassenes Amnestiegesetz, das Zardari von allen Korruptionsvorwürfen freisprach, wieder aufheben würden. Andererseits konnte er sich jedoch dem Druck der Öffentlichkeit und der Rechtsanwälte, die eine zivilgesellschaftliche Bewegung für eine unabhängige Justiz gebildet hatten, nicht vollständig entziehen. Er versprach daher, die Richter wieder einzusetzen, zog die Verhandlungen darüber aber absichtlich in die Länge. Nawaz Sharif warf ihm daraufhin Vertrauensbruch vor. Die Koalition drohte zu scheitern.

Vor dem endgültigen Bruch der Koalition besannen sich Zardari und Sharif jedoch noch ein letztes mal auf das gemeinsame Ziel, das sie nach wie vor einte: Musharraf seines Amtes zu entheben. Gemeinsam erhöhten sie den Druck auf den Präsidenten und drohten ihm mit einem Amtsenthebungsverfahren, falls er nicht freiwillig zurücktreten sollte. Da die Koalition über die notwendige zwei Drittel Mehrheit im Parlament verfügte, zeigte die Drohung Wirkung, so dass Musharraf am 18. August als Präsident zurücktrat. Danach hielt die Koalition allerdings nichts mehr zusammen. Sie zerbrach bereits wenige Tage nach Musharrafs Rücktritt. Streitpunkt war wiederum die Frage nach der Wiedereinsetzung der von Musharraf abgesetzten Richter. Zardari hatte ein Versprechen, die Richter innerhalb von 24 Stunden nach Musharrafs Rücktritt zu rehabilitieren, nicht eingehalten. Für Nawaz Sharif war dies ein erneuter Vertrauensbruch und Grund genug, die Koalition endgültig aufzukündigen.

Nach dem Bruch der Koalition schmiedete Zardari schnell neue politische Bündnisse, auch mit Parteien, mit denen die PPP noch kurz zuvor überkreuz gelegen hatte. Es gelang ihm, ehemalige Verbündete Musharrafs wie die MQM (*Muttahida Qaumi Movement*) auf seine Seite zu ziehen, eine neue parlamentarische Mehrheit zu bilden und sich damit die Mehrheit der Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen zu sichern.

Über wie viel Macht darf der neue Präsident verfügen?

Zardari verfügt als Präsident über eine außerordentliche Machtfülle. Er profitiert davon, dass Ex-Präsident Musharraf nach seinem Militärputsch im Jahr 1999 die Kompetenzen des Präsidenten durch eine Verfassungsänderung erheblich ausgebaut und sich u.a. das Recht eingeräumt hatte, den Premierminister abzusetzen, das Parlament aufzulösen und den Armeechef, die Provinzgouverneure sowie den Leiter der Wahlkommission zu ernennen. Die ursprüngliche pakistanische Verfassung von 1973 sah hingegen eine weitaus weniger bedeutende Rolle des Präsidenten vor. Dieser sollte sich weitestgehend auf repräsentative Aufgaben beschränken, während die eigentliche Regierungsverantwortung in den Händen des Premierministers lag. Vor den Präsidentschaftswahlen im September 2008 hatten sich Politiker daher parteiübergreifend dafür ausgesprochen, Musharrafs Verfassungsänderung rückgängig zu machen und die Macht des Präsidenten wieder zu beschränken. Auch Zardari hatte diese Forderung damals unterstützt. Nach seiner Wahl zum Präsidenten bezweifeln politische Beobachter jedoch, dass er tatsächlich bereit sein wird, seine neu gewonnene Macht freiwillig abzugeben.

Sollte die Machtkonzentration in Zardaris Händen bestehen bleiben, werden wohl weder das Parlament noch der Premierminister aus seinem Schatten treten können. Die Chance, die Rolle des Parlaments zu stärken und zu einer ausgewogenen Machtbalance zwischen Exekutive und Legislative zurückzukehren, wäre damit vertan.

Die Anwaltsbewegung: Ist der Kampf für eine unabhängige Justiz verloren?

Die Bewegung pakistanischer Rechtsanwälte, die sich für eine unabhängige Justiz und die Wiedereinsetzung der von Musharraf abgesetzten Richter einsetzen, gilt vielen als großes demokratisches Hoffnungszeichen. Ob die Anwälte ihre Ziele erreichen werden, ist jedoch zunehmend fraglich, da es ihnen

an politischer Unterstützung durch die Regierung mangelt.

Zardari hat sich die Forderungen der Anwälte nie zu eigen gemacht, sondern stets seine eigene Strategie verfolgt: Er ließ zunächst per Gesetz die Möglichkeit schaffen, die Anzahl der Richter am Obersten Gerichtshof zu erhöhen. Dies erlaubte es ihm, die von Musharraf eingesetzte Richterschaft im Amt zu belassen und gleichzeitig einige der von Musharraf abgesetzten Richter zu rehabilitieren. Um in ihre Ämter zurückkehren zu können, mussten die Richter allerdings einen neuen Amtseid ablegen. Dazu waren viele Richter nicht bereit, da sie damit anerkannt hätten, dass Musharraf sie rechtmäßig aus ihren Ämtern entfernt hatte.

Zardaris Vorgehen lässt Zweifel aufkommen, ob er tatsächlich gewillt ist, die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken. Faktisch wurden bisher nur die Richter wieder eingesetzt, die der Regierung wohlgesonnen sind. Außerdem hat Zardari mit der selektiven Wiedereinsetzung der Richter sowohl die Richterschaft als auch die Anwaltsbewegung gespalten. Kritiker werfen ihm vor, genau dies beabsichtigt zu haben, um seinen politischen Gegenspieler Nawaz Sharif zu schwächen, der aus der Solidarisierung mit der Anwaltsbewegung bereits politisches Kapital geschlagen und Sympathien in der Bevölkerung gewonnen hatte. Darüber hinaus werfen Kritiker Zardari vor, mit seinem Vorgehen auf die Interessen des Militärs Rücksicht genommen zu haben. Die Generäle hätten es vermutlich nicht gern gesehen, dass eine unabhängige Justiz Ex-Präsident Musharraf wegen Verfassungsbruch vor Gericht stellt.

Die negativen Folgen dieses Vorgehens sind offensichtlich:

- Die Chance, die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken, ist weitestgehend vertan. Positive Ansätze zur Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit wurden unterlaufen und die Hoffnungen vieler Pakistaner, die erstmals seit Jahrzehnten begannen, Vertrauen in die Justiz zu fassen, enttäuscht. Profitieren werden davon vor allem die radikal-islamischen Kräfte, die weiteren Zulauf erhalten werden, falls der Staat nicht für Rechtsstaatlichkeit sorgt.
- Die von Musharraf eingesetzten Richter wurden nicht ihrer Ämter enthoben, sondern als rechtmäßige Oberste Richter des Landes anerkannt. Damit wurde Musharrafs Coup gegen die Justiz

im Nachhinein gebilligt und ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen, auf den sich das Militär bei zukünftigen Interventionen berufen könnte.

Findet die Regierung einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise?

Für die Bevölkerung ist das bei weitem größte Problem die sich zuspitzende Wirtschaftskrise. Die Inflationsrate liegt mittlerweile bei 25%. Nahrungsmittel sind im Vergleich zum Vorjahr sogar um 34% gestiegen. Davon sind vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten betroffen, da deren Einkommen oft nicht mehr ausreichen, um die Grundbedürfnisse zu decken. Stromausfälle von bis zu 10 Stunden am Tag sorgen zudem für großen Unmut in der Bevölkerung. Auch andere Daten verdeutlichen, dass sich Pakistan in einer akuten Krise befindet: Das Haushaltsdefizit hat im Haushaltsjahr 2007 / 2008 (Juli bis Juni) mit 7,4% des BIP einen neuen Höchststand erreicht. Die pakistanische Rupie hat gegenüber dem US-Dollar in den vergangenen Monaten um mehr als 20% an Wert verloren.

Am besorgniserregendsten ist allerdings das ausufernde Leistungsbilanzdefizit, das mittlerweile bei über 8% des BIP liegt. Vor allem die steigenden Importkosten für Öl und Nahrungsmittel haben das Defizit in die Höhe getrieben und zu einem drastischen Rückgang der Währungsreserven geführt. Diese sind seit November 2008 von US \$ 14. Mrd. auf US \$ 5 Mrd. gefallen. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, droht Pakistan in wenigen Monaten die Zahlungsunfähigkeit.

Die Regierung versucht, die Krise durch ein Stabilisierungsprogramm in den Griff zu bekommen. Sie will die Staatsausgaben senken, Subventionen für Öl, Benzin und Strom abschaffen und öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Entwicklungsprojekte zurückfahren. Diese Maßnahmen werden jedoch nicht ausreichen, um die Krise unter Kontrolle zu bekommen. Pakistan ist dringend auf ausländische Hilfe angewiesen. Weltbank und Asian Development Bank haben zwar bereits Mittel in Höhe von US \$ 2 Mrd. zugesagt, jedoch ist dies zu wenig, um die Finanzierungslücke zu schließen und die Zahlungsunfähigkeit zu verhindern. Der Regierung wird daher voraussichtlich nichts anderes übrig bleiben, als auf die Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückzugreifen. Experten gehen davon aus, dass die Regierung den IWF bereits in den kommenden Wochen um finanzielle Unterstützung ersuchen wird.

Der Kampf gegen Taliban und Al Qaida spitzt sich zu

Die größte Herausforderung für die Regierung ist der andauernde Kampf gegen Al Qaida und Taliban-Milizen. Diese kontrollieren mittlerweile weite Teile der an Afghanistan angrenzenden Stammesgebiete und haben von dort aus ihren Einfluss auf Gebiete in der Nordwest-Provinz ausgeweitet. Die Stammesgebiete genießen traditionell einen halbautonomen Status. Sie dienen Al Qaida und Taliban als Stützpunkt und Rückzugsgebiet, von dem aus sie Terroranschläge in Afghanistan und Pakistan planen.

Der Anschlag auf das Marriott-Hotel in Islamabad am 20. September 2008, bei dem mehr als 50 Menschen getötet und über 250 verletzt wurden, war der vorläufige Höhepunkt einer Serie von Selbstmordattentaten, die seit Anfang des Jahres mehrere Hundert Menschenleben gefordert hat. Ziel der Attentate sind zumeist Regierungs- und Militäreinrichtungen. Außerdem wurden in den vergangenen Monaten verstärkt hochrangige Politiker attackiert, wie z.B. Asfandiyar Wali Khan, Vorsitzender der *Awami National Party (ANP)*, der Anfang Oktober nur knapp einem Attentat entging.

Die Regierung hat die Terrorbekämpfung zu einer ihrer Hauptaufgaben erklärt. Nach ihrem Amtsantritt im Februar hatte die neue Regierung zunächst auf Dialog statt auf militärische Konfrontation gesetzt. Jedoch waren die Waffenstillstandsabkommen, die sie unter Vermittlung von Stammesführern mit den Islamisten aushandelten, zumeist nicht von langer Dauer. Mittlerweile ist das Militär in vielen Gebieten wieder zu einem offenen Kampf gegen die Extremisten übergegangen. In der Stammesregion Bajaur, die als Hochburg der Extremisten gilt, startete das Militär Anfang August eine großangelegte Offensive. Bei den andauernden Kämpfen wurden bereits mehr als 2.000 Menschen getötet, mehr als 200.000 Menschen sind aus den Gebieten geflohen. Politische Beobachter rechnen in den kommenden Monaten mit weiteren Militäroffensiven und einer Intensivierung der Kämpfe.

Kann die Talibanisierung gestoppt werden?

Die Talibanisierung des Nordwestens des Landes wird letztlich nur gestoppt werden können, wenn es der Regierung gelingt, die Bevölkerung zu mobilisieren und öffentliche Unterstützung für den Kampf gegen den militanten Islamismus zu gewinnen. Dies wird keine leichte Aufgabe sein. Ex-General Musharraf hatte es in den neun Jahren seiner Herrschaft

nicht geschafft, die Bevölkerung in dieser Frage hinter sich zu bringen. Er setzte ausschließlich auf die Macht des Militärs und den Rückhalt der USA. Bis heute gibt es deshalb keinen gesellschaftlichen Konsens darüber, ob und wie gegen die zunehmende Talibanisierung vorgegangen werden sollte. Eine überwältigende Mehrheit der Pakistaner lehnt religiösen Fundamentalismus zwar ab, steht aber gleichzeitig der Zusammenarbeit mit den USA im Anti-Terror-Kampf äußerst kritisch gegenüber. Den Kampf gegen Taliban und Al Qaida sehen viele Pakistaner nicht als einen Kampf, den sie aus eigenem Interesse führen, sondern als einen Kampf, den ihre Regierung im Auftrag der USA führt. Es wird für die Regierung nicht einfach sein, diese Wahrnehmungsmuster zu ändern und die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die Extremisten zu einer Bedrohung des Staates geworden sind, gegen die Pakistan aus eigenem Interesse vorgehen muss.

In den Stammesgebieten wird die weitere Entwicklung vor allem davon abhängen, ob die Stammesbevölkerung ein entschlossenes Vorgehen gegen die Extremisten unterstützt. Die Stammesbevölkerung gilt zwar als streng gläubig, doch vielen geht die Brutalität, mit der die Taliban ihre fundamentalistische Sittenlehre durchsetzen wollen, zu weit. Unter der Stammesbevölkerung regt sich daher Widerstand gegen die Taliban. Allerdings ist die Situation von Region zu Region unterschiedlich. In der Bajaur-Region haben die Stammesführer bereits Stammesmilizen gebildet, um die Bevölkerung zu schützen und gegen militante Extremisten vorzugehen. In anderen Stammesregionen dürfte es hingegen weitaus schwieriger werden, die Bevölkerung gegen die Extremisten zu mobilisieren. Zum einen haben ausländische Al Qaida-Kämpfer, die sich seit vielen Jahren in der Gegend aufhalten, in die Stämme eingeheiratet und sich mit der Stammesbevölkerung verbunden. Zum anderen haben Taliban und Al Qaida in vielen Gebieten die Macht der Stammesführer bereits gebrochen und diejenigen, die Widerstand geleistet haben, ermordet. So wurden Anfang Oktober bei einem Selbstmordanschlag auf eine Stammesversammlung, die über die Bildung einer Anti-Taliban-Miliz beriet, mehr als 50 Stammesführer getötet.

Erstmaliger Einsatz von US-Bodentruppen in den Stammesgebieten

Die US-Regierung wirft Pakistan seit langem vor, den Kampf gegen die Extremisten nicht entschlossen genug zu führen und das Einsickern von Taliban und Al Qaida-Kämpfern nach Afghanistan nicht wirksam zu unterbinden. Einiges deutet darauf hin, dass die US-

Regierung nicht länger bereit ist, die in ihren Augen unzureichenden Bemühungen Pakistans im Anti-Terror-Kampf hinzunehmen. So setzen die USA verstärkt mit Raketen bewaffnete Drohnen ein, um Stellungen von Terroristen auf pakistanischem Territorium unter Beschuss zu nehmen. Derartige Angriffe hatte es zwar auch in der Vergangenheit schon gegeben, die Anzahl der Angriffe hat sich in den vergangenen Monaten jedoch beträchtlich erhöht. Darüber hinaus drangen Anfang September erstmals US-amerikanische Spezialeinheiten mit Hubschraubern von Afghanistan aus nach Pakistan ein, um eine Stellung militanter Islamisten in den Stammesgebieten anzugreifen. Dies war der erste bekannt gewordene Einsatz von US-Bodentruppen auf pakistanischem Hoheitsgebiet.

Die US-Angriffe könnten sich allerdings als kontraproduktiv erweisen, da sie den Versuch der pakistanischen Regierung unterminieren, in der Bevölkerung und bei den Stammesführern Unterstützung für den Kampf gegen die Islamisten zu gewinnen. Vor allem die zunehmende Anzahl von Zivilisten, die bei den US-Angriffen ums Leben kommen, rufen in der Bevölkerung Empörung hervor und heizen die anti-amerikanische Stimmung im Land an. Außerdem verstärken die US-Angriffe in der Bevölkerung den Eindruck, dass die USA – und nicht Al Qaida und Taliban – der eigentliche Feind sind, den es zu bekämpfen gilt. Präsident Zardari und Armeechef Kayani sahen sich gezwungen, den Einsatz von US-Bodentruppen scharf zu verurteilen, um von der Bevölkerung nicht als Marionette der USA abgestempelt zu werden.

Trotz offizieller Proteste gegen den Einsatz von US-Bodentruppen wird die pakistanische Regierung auch in Zukunft ein enger Verbündeter der USA im Anti-Terror-Kampf bleiben. Politische Beobachter gehen ohnehin davon aus, dass die US-Einsätze mit stillschweigendem Einverständnis der pakistanischen Regierung und Militärführung durchgeführt werden. Es war daher auch nicht verwunderlich, dass die USA in den vergangenen Wochen erneut Drohnen einsetzten, um Stellungen von Terroristen in den Stammesgebieten anzugreifen. Ein erneuter Einsatz von US-Bodentruppen erfolgte bislang allerdings nicht.

Militär und ISI: Zuverlässige Partner im Kampf gegen den Terror?

Zweifel an der Zuverlässigkeit des Militärs und des pakistanischen Geheimdienstes ISI (Inter Services Intelligence) im Kampf gegen den Terror bestehen

schon seit langem. Gruppierungen innerhalb des ISI und des Militärs werden verdächtigt, Verbindungen zu radikal-islamischen Kräften zu unterhalten und diese insgeheim zu unterstützen. Der US-Regierung liegen zudem angeblich Beweise darüber vor, dass US-Geheimdienstinformationen, die an den ISI weitergeleitet wurden, missbraucht wurden, um militante Islamisten vor bevorstehenden Militärschlägen zu warnen. US-Regierungsvertreter haben daher bereits öffentlich gefordert, den ISI zu reformieren und seine Vollmachten im Anti-Terror-Kampf zu beschränken. Auch die pakistanische Regierung hält eine Reform des ISI für notwendig. Sie startete vor einigen Monaten einen Versuch, den ISI unter ihre Kontrolle zu bringen, scheiterte damit jedoch am Widerstand des Militärs. Eine Anweisung, den ISI unter die Aufsicht des Innenministerium zu stellen, musste die Regierung nach nur wenigen Stunden auf Druck des Militärs zurücknehmen. Ein klares Signal der Generäle, dass die Regierung eine rote Linie überschritten hatte. Auf absehbare Zeit bestehen vermutlich kaum Chancen, den Geheimdienst einer zivilen Kontrolle zu unterwerfen, da es sich die Regierung nicht erlauben kann, das Militär in dieser Angelegenheit herauszufordern.

Strategische Überlegungen sind ein wichtiger Grund dafür, warum Gruppierungen innerhalb des ISI und des Militärs ihre Beziehungen zu radikal-islamischen Kräften nie vollständig gekappt haben. In den Augen vieler Militärs geht die Hauptbedrohung für Pakistan nämlich nicht von Al Qaida oder den Taliban aus, sondern von Indien, dem alten Erzfeind, mit dem Pakistan drei Kriege geführt hat. Problematisch sind für das Militär vor allem der nach wie vor ungelöste Kaschmir-Konflikt sowie die guten Beziehungen zwischen Indien und Afghanistan, die in Pakistan das Gefühl erwecken, von Feinden umzingelt zu sein. Politische Beobachter befürchten daher, dass ISI und Militär ihre Kontakte zu militanten Jihadi-Gruppen aufrecht erhalten werden, um sie ggf. in Afghanistan oder Kaschmir einsetzen zu können. Der Anschlag auf die indische Botschaft in Kabul am 7. Juli 2008, für den sowohl Afghanistan als auch Indien den ISI verantwortlich machen, gilt vielen als Beweis dafür, dass der ISI noch immer nicht von dieser Politik abgelassen hat.

Rückzug des Militärs aus der Politik?

Die Beziehungen zwischen Armee und Zivilregierung sind nach neun Jahren Militärherrschaft von tiefem gegenseitigen Misstrauen geprägt. Eine Konfrontation kann sich zur Zeit jedoch weder die Regierung noch das Militär erlauben. Die Regierung ist dazu zu

schwach, und das Militär hat nach neunjähriger Herrschaft erheblich an Rückhalt in der Bevölkerung verloren. Armeechef Kayani scheint daher bereit, mit Zardari zusammenzuarbeiten, solange der Präsident auf die Interessen des Militärs Rücksicht nimmt. General Kayani hat erkannt, dass es Zeit für einen – zumindest oberflächlichen – Rückzug des Militärs ist. Sein Ziel ist es, den Ruf der Armee, der unter General Musharraf schwer gelitten hat, wieder zu verbessern und Akzeptanz in der Gesellschaft zurückzugewinnen. Ein erneuter Militärputsch droht daher vorerst nicht, da dieser sowohl in der Bevölkerung als auch im Ausland auf Widerstand stoßen würde. Abgesehen davon hat die Armee genügend eigene Probleme: Um die Moral der Truppe ist es schlecht bestellt, da den Soldaten nur schwer zu vermitteln ist, warum sie in den Stammesgebieten Krieg gegen ihre eigenen Landsleute führen sollen. Auch militärisch ist die Bekämpfung der Extremisten eine Herausforderung für die Armee, da die Soldaten für konventionelle Kriegsführung ausgebildet wurden, nicht aber für einen Kampf gegen militante Islamisten, die eine Guerilla-Taktik verfolgen.

Trotz des derzeitigen Rückzugs aus der Politik bleibt das Militär die mächtigste Institution im Land. Wichtige außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen

können nach wie vor nicht gegen den Willen der Generäle gefällt werden. Auch in Wirtschaft und Gesellschaft hat die neunjährige Herrschaft von General Musharraf zu einer weitreichenden militärischen Durchdringung geführt, die sich nur schwer wieder rückgängig machen lässt.

Langfristig wird die dominierende Rolle des Militärs nur zurückgedrängt werden können, wenn die Generäle keinen neuen Vorwand zur Machtübernahme bekommen. Dies hängt wiederum vor allem davon ab, ob sich die politischen Parteien auf Grundregeln des fairen Parteienwettbewerbs und der friedlichen, demokratischen Machtübergabe verständigen können. Darüber hinaus müssen die Parteien ihre gesellschaftliche Legitimation verbessern und Vertrauen und Akzeptanz in der Bevölkerung zurückgewinnen. Ob ihnen dies gelingen wird, ist fraglich, zumal sich an dem Führungspersonal der Parteien und an der politischen Kultur des Landes seit Musharrafs Militärputsch im Jahr 1999 nur wenig geändert hat. Sollten sich die beiden großen Parteien – PPP und PML-N – erneut in Machtkämpfe verstricken, in Korruption und Klientelismus zurückverfallen und die Hoffnungen der Bürger enttäuschen, wird es nur eine Frage der Zeit sein, bis erneut Stimmen nach einem Eingreifen des Militärs laut werden.

Ansprechpartnerinnen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel.: 0228-883-7450, E-Mail: Beate.Bartoldus@fes.de (verantwortlich)

Ulrike Ehnes, Tel.: 0228-883-7452, E-Mail: Ulrike.Ehnes@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228-883-9211

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: www.fes.de/asien.